



Deutsche Einheit

Schlüsselrolle für den öffentlichen Dienst



Deutsche Einheit

Schlüsselrolle für den öffentlichen Dienst

2

dbb

Die Bundesregierung hat am 26. September 2018 den vom Bundesminister für Wirtschaft und Energie vorgelegten Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2018 beschlossen. Dem Regierungsbericht zufolge haben die neuen Bundesländer zwar weiter aufgeholt, was die Wirtschaftsleistung betrifft. Dennoch gibt es noch immer Unterschiede zum Westen.

So liegt der Osten im Lohnniveau und in der Wirtschaftskraft weiter zurück, es mangelt an Konzernzentralen großer Unternehmen und die Exportorientierung ist geringer. Auch ist die Zahl der Fachkräfte aufgrund der ungünstigen Altersstruktur und der geringen Siedlungsdichte niedriger. Das seien strukturelle Unterschiede, die nicht nur Auswirkungen auf die Innovationskraft der Region hätten, sondern sich auch im Empfinden der Bevölkerung niederschlagen, heißt es im Jahresbericht 2018. Der Strukturunterschied zum Westen schlägt sich in den ostdeutschen Ländern unter anderem in geringeren Forschungs- und Innovationsaktivitäten sowie in einer weniger ausgeprägten Internationalisierung nieder, heißt es in dem Bericht. Weiter ist die Produktivität noch immer geringer als im Westen und es fehlen Spitzengehälter.

Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, der Parlamentarische Staatssekretär Christian Hirte, würdigt im Jahresbericht die große Aufbauleistung der Ostdeutschen und die solidarische Gesamtleistung des vereinten Deutschlands: „Bei allem, was auch noch vor uns liegt, haben wir allen Grund stolz zu sein. Die wirtschaftliche Lage ist besser als je zuvor.“ Zugleich betont Hirte, dass wirtschaftliche Daten allein nicht ausreichen, um das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse zu umschreiben: „Es geht darum, in der Summe aller Alltagsfragen überall gut leben zu können. Dabei muss sich der Osten nicht verstecken.“

Trotz wirtschaftlicher Erfolge und steigender Einkommen bedürfe es aber Antworten auf Unsicherheiten und Pro-

testformen: „Es darf uns nicht egal sein, wenn so viele Menschen scheinbar das Zutrauen in Staat und Politik verloren haben. Das müssen wir ohne erhobenen Zeigefinger ernst nehmen“, so Hirte im Jahresbericht.

■ Gesellschaftliche Debatte ernst nehmen

Die wirtschaftlichen Fortschritte in den neuen Ländern würden derzeit überlagert von gesellschaftlichen Debatten. „Dabei entsteht mitunter ein Zerrbild. Den rechtsextremen Ausschreitungen wie in Köthen müssen wir klar entgegentreten – genau wie wir dies in Kandel oder Dortmund auch tun müssen. Dies ist völlig inakzeptabel. Die Stigmatisierung ganzer Regionen hilft dabei aber kein Stück weiter. Ich bin der festen Überzeugung, dass die übergroße Mehrheit

der Ostdeutschen mit rechtsradikalen Spinnern, die den Hitlergruß zeigen oder ein jüdisches Geschäft angreifen, genauso wenig zu tun haben will, wie mit linksradikalen Spinnern, die marodierend durch Hamburg ziehen.“

Christian Hirte sieht als eine der Ursachen für diesen Widerspruch die Umbrucherfahrungen der Menschen in Ostdeutschland nach dem Mauerfall, der für nahezu jeden eine vollständige Veränderung der Lebenswirklichkeit bedeutete, mit teils schmerzlichen Erfahrungen. Das habe Spuren hinterlassen. Dennoch könne man nicht alles, was heute im Osten geschehe, auf Fehler in der DDR zurückführen. Die Transformation der 1990er-Jahre gehöre deshalb genauso in den Blick. „Ich kann verstehen, dass viele Menschen in Ost-

deutschland das Gefühl haben, mit ihren persönlichen Erfahrungen nicht genügend respektiert und wahrgenommen zu werden. Sie sehen nicht, wo sich diese Erfahrung des Zusammenbruchs und Neuanfangs in unserer Gesellschaft widerspiegelt. Ich verstehe mein Amt deshalb als Auftrag, denen eine Stimme zu geben, die das Gefühl haben, dass der Osten nicht gehört wird.“

Auf der anderen Seite seien die Erfolge auf dem Weg zu gleichwertigen Lebensverhältnissen eindrucksvoll. Die Wirtschaftsleistung Ostdeutschlands habe sich seit der Wiedervereinigung mehr als verdoppelt: Im Jahr 2017 stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) real um 1,9 Prozent. Im Vergleich der europäischen Regionen verfügen die ostdeutschen Länder heute über eine Wirtschaftskraft, die mit der in vielen französischen oder britischen Regionen vergleichbar ist.

Zwölf Jahre in Folge sind die Arbeitslosenzahlen in Ostdeutschland gesunken: Während die Arbeitslosenquote im Jahr 2005 dort noch bei 18,7 Prozent lag, betrug sie

im Jahr 2017 nur noch 7,6 Prozent. Im August 2018 lag der Wert bei 6,8 Prozent (West: 4,8 Prozent). „Unsere Herausforderung heute heißt Fachkräftebedarf. Diese Aufgabe wird genauso viel Kraft erfordern, wie zuvor die Bewältigung der Massenarbeitslosigkeit.“

■ Der Staat muss sichtbarer werden

Ein weiteres Anliegen des Ostbeauftragten ist die Unterstützung ostdeutscher Regionen bei der Ansiedlung von Bundesbehörden oder zukunftsgerichteten Modellprojekten des Bundes. Die Ansiedlung des neuen Bundesfernstraßenamtes in Leipzig und die Vergabe des Kompetenzzentrums Wald des Bundes nach Mecklenburg-Vorpommern sind erste praktische Erfolge dieses Ansatzes. „Wenn wir Vertrauen in den Staat wollen, brauchen wir auch eine Sichtbarkeit des Staates“, so Hirte.

Die Leistung des öffentlichen Dienstes und seiner Beschäftigten finden im Jahresbericht der Bundesregierung allerdings

kaum Erwähnung. Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach sieht den öffentlichen Dienst in einer Schlüsselrolle bei der Überwindung der wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Ost und West: Der Regierungsbericht zum Stand der Deutschen Einheit verlange Investitionen in die Modernisierung der Verwaltung in den neuen Bundesländern.

■ Schlüsselrolle für den öffentlichen Dienst

„Gerade dort, wo es wirtschaftliche Defizite gibt, kommt dem öffentlichen Dienst eine Schlüsselrolle zu, um die strukturellen Defizite auszugleichen. Der öffentliche Dienst und seine Beschäftigten sind ein Garant für eine funktionierende Daseinsvorsorge. Das schließt auch die Schaffung verlässlicher struktureller und rechtlicher Grundlagen für eine starke Wirtschaft ein.“ Diese Aufgaben könne er aber nur erfüllen, wenn er auch in Ostdeutschland „modern, leistungsfähig und effizient ist. Investitionen in die Modernisierung der Verwaltung sind zugleich Investitionen in den Wirtschaftsstandort Ost-

deutschland und den Wohlstand der Menschen“, so Silberbach.

Silberbach stimmt der Einschätzung des Ostbeauftragten der Bundesregierung, Christian Hirte, zu, die neuen Bundesländer nicht permanent als Problemfall zu betrachten. „Dennoch müssen wir die immer wieder aufkeimenden fremdenfeindlichen Tendenzen sehr ernst nehmen. Die Sorgen der Menschen – seien sie berechtigt oder nicht – dürfen nicht unter den Teppich gekehrt werden. Hier gegenzusteuern und aufzuklären ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die keinen Aufschub duldet.“ Auch dabei komme dem öffentlichen Dienst die wichtige Rolle zu, das Vertrauen der Bevölkerung in staatliches Handeln zu stärken. Dafür müsse auch die Politik ihren Beitrag leisten, „und sich von Personaldiskussionen ab- und dem Regierhandeln zuwenden.“ ■

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende der dbb landesbünde mecklenburg-vorpommern, des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

Redaktion: Michael Eufinger (leitender Redakteur)

Verantwortliche Redakteure für: Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt
Sachsen: Beatrice Hala
Sachsen-Anhalt: Silke Grothe
Thüringen: Birgit Christina Drischmann

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titelfoto: © colourbox.de

Verlag: dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712, Preisliste 21, gültig ab 1.10.2017

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern

> Der Jahresbericht

Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer legt regelmäßig den Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit vor. Der Bericht hat gemäß dem Auftrag des Deutschen Bundestages an die Bundesregierung das Ziel, „ihre Politik zur Angleichung der sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Lebensbedingungen der Menschen im vereinten Deutschland“ darzustellen. Der komplette Bericht kann unter <https://bit.ly/2N6UAQa> heruntergeladen werden.

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2018

Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer

Besoldungserhöhungen auch bei den Soldatinnen und Soldaten

dbb Landesvorsitzender besucht Marinekommando

Am 14. September 2018 begrüßte Vizeadmiral Andreas Krause, Inspekteur der Marine, den dbb Landeschef Dietmar Knecht beim Marinekommando Rostock.



© MKdo

> dbb Landeschef Dietmar Knecht (links) und Admiral Andreas Krause.

Knecht erhielt einen Einblick in die aktuelle Arbeit des Kommandos. Die Auslandseinsätze von Soldatinnen und Soldaten aus Deutschland wurden ebenfalls thematisiert. Admiral Krause betonte außerdem, dass „die ‚Agenda Attraktivität‘, die ja eigentlich für Soldatinnen und Soldaten gedacht war, auch auf den zivilen Be-

reich der Bundeswehr abfährt, für den sich der VBB und der VAB im dbb einsetzen. Immer wichtiger wird für jeden Bundeswehrangehörigen neben einer guten Bezahlung auch eine bessere Planbarkeit bezogen auf Familie und Beruf sowie eine abwechslungsreiche Weiterentwicklung beispielsweise durch Fortbildung“.

Knecht, als Mitglied der Verhandlungskommission während der Tarifverhandlungen bei Bund und Kommunen, konnte den Soldatinnen und Soldaten gute Nachrichten überbringen: Bundesinnenminister Horst Seehofer hatte unmittelbar nach Verhandlungsabschluss zugesagt, dass auch die Angehörigen der Bun-

deswehr vom Tarifabschluss profitieren werden, da dieser zeit- und inhaltsgleich übertragen werden soll. „Dies hat der Bundestag bereits beschlossen und in Anbetracht der Leistungen der Bundeswehr ist dieser Schritt mehr als gerecht und eine gute Nachricht für die Soldatinnen und Soldaten“, so Knecht.

Einkommensrunde 2019 der Länder eingeläutet

dbb m-v auf Streikleiterkonferenz

In Kürze beginnt die Einkommensrunde mit den Ländern. Zur Vorbereitung trafen sich die Streikleiter zu einer Konferenz in Berlin.

Die Teilnehmer aus Mecklenburg-Vorpommern waren sich einig, dass es sinnvoll ist, bereits jetzt in die Vorbereitungen einzusteigen, auch wenn

die Forderungen an die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) von den dbb Gremien erst im Dezember 2018 beschlossen werden.

Neben dem Blick auf die allgemeine tarifpolitische Lage ging es um den größer gewordenen Abstand zur neuen Tabelle des Tarifvertrages für den öffentli-

chen Dienst (TVöD) durch den sehr guten Tarifabschluss zu Beginn dieses Jahres.

Schwierig dürfte die Umsetzung der strukturellen Tabellenbestandteile im TV-L werden. Erst recht, wenn anschließend die von der Landespolitik in Aussicht gestellte zeit- und wirkungsgleiche Übertragung eines möglichen Tarifabschlusses auf die Beamtenschaft in Mecklenburg-Vorpommern zum Tragen kommt.

„Daher ist die Devise: Wir kämpfen für die Interessen aller Landesbediensteten, egal ob sie tarifbeschäftigt oder verbeamtet sind“, so der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht.



© dbb m-v

> Streikleiterkonferenz

Sorgen von Ministerpräsidentin Schwesig werden geteilt

AG Justiz: Gespräch mit SPD und CDU

Unter dem Motto „Ist M-V's Justiz noch sicher?“ trafen sich am 4. September 2018 die Vertreter aller dbb Justizgewerkschaften mit den Abgeordneten Martina Tegtmeier, Dirk Friedriszik, Philipp da Cunha (alle SPD) und Sebastian Ehlers (CDU) sowie Vertretern des Finanzministeriums zu einem Gespräch über die Situation in der Justiz im Land.

Seitens des dbb wurden die Sorgen, die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig über die Justiz geäußert hat, geteilt. „Allerdings scheint es in der politischen Debatte vorwiegend um Richter und Staatsanwälte, die scheinbar eine stärkere Lobby haben, zu gehen“, so der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht. „Unsere Sorge geht über diesen sicherlich wichtigen Personenkreis hinaus und berücksichtigt alle Beschäftigten – von Gerichtsvollziehern bis hin zu Strafvollzugsbediensteten – die dafür Sorge tragen, dass es im Justizbereich rund läuft. Auch Richter und Staatsanwälte brauchen ein tragfähiges Fundament. Dass kein Vertreter des Justizministeriums der Einladung zum heutigen Gespräch gefolgt ist, beschreibt anschaulich das angespannte Verhältnis.“

Anhand von Fakten aus ihrer täglichen Arbeit konnten die Vertreter der Gerichtsvollzieher, Rechtsanwälte, Rechtspfleger, des Strafvollzugs sowie des allgemeinen Justizbereichs den Abgeordneten insbesondere mangelnde Beförderungsaussichten, demotivierende Dienstpostenbewertungen, ungenügende Fortbildungen, eingesparte Stellenzulagen, unzureichende Ausstattung mit Sicherheitskleidung, kannibalischen Stellenabbau und unprofessionelle Nachwuchsgewinnung nachweisen. Außerdem wurde deutlich gemacht, dass die Leitungsebene des Justizministeriums ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitern nicht nachkommt. „Es brodelt in der Justiz“, war ein oft gehörter Satz während des Gesprächs. Zudem sei „die Justiz

in M-V auf Führungskräfte ausgerichtet“, so Hans-Jürgen Papenfuß von der Gewerkschaft Strafvollzug (BSBD).

Es brodelt in der Justiz

Schnell war man sich dagegen darüber einig, dass der Fachbereich Rechtspflege an der FHÖV-PR in Güstrow gestärkt werden muss. „Dieser sieht einer gewissen Zukunft entgegen, da dort seit 2017 und auch im Jahr 2019 keine Anwärter mehr eingestellt wurden beziehungsweise werden“, so Carsten Neißner vom Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR). „In Zeiten beginnender negativer demografischer Auswirkungen eine extrem unbefriedigende Situation. Nicht nur für den Lehrkörper, sondern auch für junge Leute, die sich für den Beruf eines Rechtspflegers interessieren.“ Vorschläge und Strategien des Fachbereichs Rechtspflege würden vom Justizministerium ignoriert.

Für Bernd Kammermeier von der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (DJG) ist es ein Unding, dass „die fragwürdigen Dienstpostenbewertungen in der Regel dem Leitungsbereich zugute kommen und den Übrigen jegliche Aussicht auf eine Beförderung in ihrem gesamten Berufsleben genommen wird. Auch wäre eine Verbeamtung des ehemaligen mittleren Justizdienstes eine motivierende Maßnahme“.

Probleme im Justizministerium?

Die Vertreter des Finanzministeriums unterstrichen, dass es in den Verhandlungen zum be-

stehenden Doppelhaushalt beim Thema „Sicherheit“ für die Beschäftigten keine Abstriche gegeben habe. Die Gelder für Sicherheitswesten für Gerichtsvollzieher und Justizwachtmeister sowie Abwehrsprays seien ungekürzt in den Haushalt eingestellt worden.

Die Abgeordneten zeigten sich darüber verwundert, dass es nun offenbar Schwierigkeiten bei der Umsetzung innerhalb des Justizministeriums gibt. Karina Arndt vom Deutschen Gerichtsvollzieherbund (DGVB) ergänzt: „Es ist ein Unding, dass es nun Prioritäten bei der Ausgabe von Sicherheitswesten geben soll. Beispielsweise soll der Amtsgerichtsbezirk Güstrow lediglich drei solcher Westen für die Wachtmeister und Gerichtsvollzieher bekommen. Wo ist das eingestellte Geld für die Ausstattung aller Betroffenen geblieben?“

Auch der Bereich des Strafvollzugs wird durch zweifelhafte Bemessungen und fehlende Beförderungsmöglichkeiten immer unattraktiver. Dies bestätigte auch der eigens für das Gespräch angereiste BSBD-Bundesvorsitzende René Müller. „Leider ist es im Bundesvergleich inzwischen so, dass in Mecklenburg-Vorpommern oft Kolleginnen und Kollegen mit der Besoldungsgruppe in Pension gehen, in der in Nachbarländern neu eingestellt wird.“ Er plädierte dafür, dass Polizei und Strafvollzug gleichbehandelt werden.

In diesem Zusammenhang wurde auch die im „Pakt für innere Sicherheit“ enthaltene Er-

höhung der Zulage für den Polizeivollzug thematisiert. „Wo ist hier der Differenzierungsgrund zum Strafvollzug, der ja ebenso Teil der inneren Sicherheit ist? Warum gibt es die Erhöhung nicht auch für uns“, fragt Hans-Jürgen Papenfuß von der Gewerkschaft Strafvollzug (BSBD).

Knecht zufrieden mit Gespräch

„Wir konnten im Verlauf des Gesprächs alle uns bewegenden Belange und Probleme gegenüber den Rechtspolitikern deutlich machen und nehmen das Angebot, weiter im Gespräch zu bleiben, gern an“, so dbb Landeschef Knecht. „Schließlich müssen wir gemeinsam alles daransetzen, sowohl für das Bestandspersonal als auch für Schul- beziehungsweise Studienabgänger attraktiv zu bleiben. Damit die Justiz in M-V sicher bleibt.“

Hintergrund

In der AG Justiz im dbb m-v sind die Justizgewerkschaften Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR), Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD), Deutsche Justizgewerkschaft (DJG), Deutscher Gerichtsvollzieherbund (DGVB) und Deutscher Anwaltsverein (DAAV) zusammengeschlossen. Sie vertreten die Interessen von rund 2 800 Beschäftigten in der Justiz Mecklenburg-Vorpommerns, darunter circa 800 Strafvollzugsbedienstete, 400 Rechtspfleger, 80 Gerichtsvollzieher, 80 Bewährungshelfer und 18 Rechtsanwälte.

Gemeinsame Aktion der Parteien zum Weltfriedenstag

Fahrradtour „Demokratie in Bewegung“

Einer Einladung der Kreisverbände der Parteien Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke und SPD im Landkreis Ludwigslust-Parchim anlässlich des Weltfriedenstages sind am 1. September 2018 auch dbb m-v-Mitglieder gefolgt. Gemeinsam wurde so auf die politische Situation in der Welt aufmerksam gemacht und ein Zeichen für den Frieden gesetzt.

Die rund 50 Teilnehmer dieser Radtour legten gemeinsam die insgesamt 44 Kilometer von Parchim nach Neustadt-Glewe zurück. Gestartet wurde um 9.30 Uhr an der Asklepios Klinik in Parchim, am ehemaligen KZ-Gelände bei Neustadt

Glewe gab es einen Zwischenstopp mit Kranzniederlegung. Bei der Ankunft in Parchim gegen 14 Uhr fand anschließend am Haus der Jugend Parchim ein tolles Kinder-, Jugend- und Familienfest statt.



> dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht (Mitte) mit den Landtagsabgeordneten Christian Brade (SPD; im historischem Gewand) und Wolfgang Waldmüller (CDU; rechts).

Verband der Beamten der Bundeswehr

Treffen der VBB-Standortgruppe Rostock

Am 4. Juli 2018 haben sich die Mitglieder der VBB-Standortgruppe Rostock in der OHG Warnemünde Hohe Düne getroffen, um gemeinsam ein paar gesellige Stunden zu verbringen.



Mit dabei waren auch der Vorsitzende des VBB-Bereichs I, Peter Maschmeyer, und die VBB-Bundesgeschäftsführerin Cora Nixtatis, die nach der Begrüßung durch den Standortgruppenvorsitzenden Frank Wilcke über neues aus dem VBB berichtete.

Nixtatis ging sowohl auf die Petition zur Reduzierung der

wöchentlichen Arbeitszeit der Beamten als auch auf die Übertragung des Tarifabschlusses ein. Aber auch Neuerungen wie beispielsweise der VBB-Newsletter oder eine VBB-App, die in diesem Jahr noch auf den Markt kommen sollen, wurden thematisiert.

Einmal mehr wurde auch auf die VBB-Homepage aufmerk-

sam gemacht, die alle wichtigen Informationen – angefangen vom Tagesgeschehen bis hin zu den VBB-Leistungen (Seminare, Diensthaftpflichtversicherung, Gewährung von Rechtsschutz et cetera) bereit hält. So beinhaltet beispielsweise der VBB-Rechtsschutz seit Anfang des Jahres auch die Möglichkeit der Überprüfung der Einstufung des Pfl-

grades, sofern es diesbezüglich Probleme gibt. Eine Leistung, die gerade auch für Pensionärinnen und Pensionäre interessant ist.

Zum Abschluss wurde die Kollegin Anne Krause für 15 Jahre fortwährende Mitgliedschaft mit der Ehrennadel in Silber ausgezeichnet.

Beim anschließenden Grillen blieb noch genug Zeit, um die eine oder andere Frage in kleineren Grüppchen zu besprechen und zu diskutieren. So beispielsweise alle Fragen rund um die Bundeswehrfeuerwehr (wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden, Mehrarbeitszeit, freie Heilfürsorge, et cetera) oder auch die bevorstehende Fusion mit dem VAB.



Tag der Sachsen 2018

> FC Landtag gegen FC Beamtenbund

SBB – Bärenstark!

Für drei Tage wurde die einstige Residenzstadt Torgau vom 7. bis 9. September wieder zur sächsischen Hauptstadt. 285 000 feierfreudige Besucher erlebten den 27. „Tag der Sachsen“ bei strahlendem Sonnenschein und bester Laune. Auch der SBB war mit seinen Fachgewerkschaften und Verbänden wieder mit dabei.

Den offiziellen Beginn des „Tages der Sachsen“ in Torgau markierte für den SBB das traditionelle Fußballspiel des FC Landtag gegen den FC Beamtenbund.

Der Ehrenanstoß wurde am 7. September um 15 Uhr im Hartenfelsstadion in Torgau von Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner und der Oberbürgermeisterin der Stadt Torgau, Romina Barth, vollzogen.



> Endlich wieder daheim!

Mit einem bärenstarken 5:0 gewann der FC Beamtenbund. Nun steht der Wanderpokal wieder für ein Jahr beim SBB in der Geschäftsstelle. Bis es wieder heißt: Tag der Sachsen 2019 in Riesa; FC Landtag gegen FC Beamtenbund.



> Große Schritte waren für den Ministerpräsidenten Michael Kretschmer angesagt: bei unseren Kollegen vom BTB wurde das persönliche Schrittmaß bestimmt.

> Die Gespräche

Zum größten Volks- und Vereinsfest Sachsens begrüßte der SBB den Ministerpräsidenten Michael Kretschmer, der sich mit viel Engagement und Charme den Sorgen und Problemen der Mitgliedsgewerk-



> Immer ein Besuch wert: Staatsminister Dulig bei den Kollegen der Landes- und Bundespolizei.

schaften widmete.

Weitere Gäste im SBB-Zelt am Friedrichplatz, direkt neben der Staatskanzlei, waren: Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr; Oliver Schenk, Chef der Staatskanzlei; Prof. Dr. Roland Wöllner, Innenminister; Christian Piwarz, Kultusminister; Dr. Eva-Maria



> Zum ersten Mal zu Besuch bei uns im Zelt: Oliver Schenk, Chef der Staatskanzlei, wird von Nannette Seidler, Landesvorsitzende des SBB, in Empfang genommen.

Stange, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, und Dr. Matthias Haß, Finanzminister des Freistaates.

Am Stand des BTE (Gewerkschaft Mess- und Eichwesen



> Staatsministerin Klepsch ist begeistert vom Eichfahrrad, welches die Kollegen vom BTE vorstellen.

Sachsen) fand das Eichfahrrad besonderes Interesse. Auch die Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz war begeistert von der umweltfreundlichen Transportalternative.

Begrüßen durfte der SBB außerdem weitere Gäste aus Politik und Verwaltung, wie den Präsidenten der Landesdirekti-



> Der Staatsminister für Kultus, Christian Piwarz, und die SBB-Landesvorsitzende Nannette Seidler im Gespräch.



> Ein Teil des Teams vom „Tag der Sachsen“ 2018 in Torgau.



> Innenminister Prof. Dr. Roland Wöllner beim Baumstammsägen am Stand des BDF.

> Der gute Zweck

Für die mit viel Engagement gesammelten Fußballfanartikel vom Kollegen Thomas Mögel möchte der SBB sich an dieser Stelle herzlich bedanken. Durch ihn wurde die Spende an einen gemeinnützigen Verein in Torgau erst möglich. Ausgewählt wurde diesmal das Jugendteam Torgau, das sich damit über eine Spende von 584 Euro freuen darf. „Wir konnten es selber kaum glauben“, so



> Übergabe der Spende an das Jugendteam Torgau.

Christina Gaudlitz, Vorsitzende des Vereins. „Nochmals vielen Dank! Das Geld werden wir für unsere Veranstaltungen von der Jugend für die Jugend verwenden.“

> Viel zu erleben

Ob Baumstammsägen, Schlüsselanhänger basteln, sich vermessen lassen oder das persönliche Schrittmaß ermitteln: Beim SBB war für Groß und Klein jede Menge zu erleben und über der einzelnen Fachgewerkschaften zu erfahren.

Ein großes Dankeschön geht an alle Helfer und Ehrenämter der einzelnen Gewerkschaften, die den „Tag der Sachsen“ in der alten Residenzstadt Torgau zum Erfolg gemacht haben.

Auf ein Wiedersehen in Riesa 2019!

on Sachsen, Dietrich Gökelmann, den Bundestagsabgeordneten Marian Wendt, die Oberbürgermeisterin der Stadt Torgau, Romina Barth, den Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler, den Fraktionschef der sächsischen Linken Enrico Gebhardt, den Parlamentarischen Geschäftsführer der Grünen, Valentin Lippmann, und viele mehr.

Tag der Sachsen 2018

SBB Frauen – Bärenstark!

Zum „Tag der Sachsen“ in Torgau informierten auch die SBB Frauen über die bessere Vereinbarkeit von Familie/Privatleben und Beruf, diskriminierungsfreies Fortkommen sowie Gleichstellung und beantworteten die Fragen der Bürgerinnen und Bürger.

Die SBB Frauen nutzten die Gelegenheit und kamen mit zahlreichen Politikerinnen und Politikern ins Gespräch, etwa über diskriminierende Beurteilungen, das geplante neue Gleichstellungsgesetz, transparente Beurteilungsstatistiken, Frauen in Führungspositionen und vieles mehr.

Beim Treffen mit Staatsministerin Petra Köpping (Gleichstellung und Integration) tauschten sich die SBB Frauen über den aktuellen Stand zur Modernisierung des Sächsischen Frauenförderungsgesetzes aus. Die letzten Stellungnah-

men der Ressorts sind bei der Staatsministerin eingetroffen und werden nun im Ministerium geprüft. Anschließend soll der aktualisierte Entwurf im Gleichstellungsbeirat vorgestellt und diskutiert werden, bevor er im Kabinett beschlossen wird. Erst wenn das Kabinett den Gesetzentwurf beschlossen hat, kann dieser in den Landtag eingebracht werden.

Auch Ministerpräsident Michael Kretschmer wurde zum neuen Gleichstellungsgesetz befragt. Seine Aussage: „Diese Legislaturperiode schaffen wir

das nicht mehr. Denn aufgrund der Landtagswahlen im nächsten Jahr kann das neue Gleichstellungsgesetz nicht mehr beschlossen werden.“ Es ist in der neuen Legislaturperiode mit der neuen Regierung neu

zu diskutieren. Es ist also weiterhin fraglich, wann Sachsen ein neues Gleichstellungsgesetz bekommt. Die SBB Frauen bleiben dran und werden regelmäßig in der Verwaltung und Politik nachfragen.

> Tanja Teich, Petra Köpping, Margit Liebsch am Stand der SPD-Ministerin zum „Tag der Sachsen“ in Torgau (von links).

> SBB Frauen

Fleißige Biene gesucht!

Sie haben Lust, sich für unsere Frauen und Familien im öffentlichen Dienst einzusetzen? Wollen unser Team tatkräftig unterstützen und haben mindestens fünf Stunden pro Woche Zeit? Dann melden Sie sich bei uns per Mail an frauen@sbb.dbb.de. Sie sind herzlich willkommen. Am 8. November 2018 wählt der Landesfrauenkongress den neuen Vorstand der SBB Frauen. Hier haben Sie die Möglichkeit, Teil unseres Teams zu werden und Ihr Engagement in der Gleichstellungsarbeit mit einzubringen.

SBB Frauen

Besuch in „Sachsens grüner Anstalt“

Wussten Sie, dass die Justizvollzugsanstalt Leipzig mit Haftkrankenhaus auch die „Grüne Anstalt von Sachsen“ genannt wird? Von außen ist es nicht erkennbar, aber hinter den hohen Mauern gibt es neben den Hafthäusern auch viel Natur und Grün.

Schätzen Sie mal, wie hoch der Frauenanteil bei Gefangenen ist. Unsere Teilnehmenden nahmen 10 bis 20 Prozent an, und lagen damit knapp darüber. Der Anteil beträgt tatsächlich lediglich 5 Prozent. Grund hierfür ist, dass Frauen weniger Straftaten beziehungsweise Straftaten mit geringem Strafmaß verüben.



© SBB Frauen (2)

Diese Details und vieles mehr erzählte uns der Leiter der JVA, Rolf Jakob, zu Beginn unserer Informationsveranstaltung „SBB Frauen hinterfragen: Tipps und Tricks für Ihre Sicherheit.“ am 19. September 2018 in der JVA Leipzig.

Als Dozenten konnten wir Dirk Mingo, Leiter der Sicherheitsgruppe Justizvollzug in Sachsen, gewinnen. Die Sicherheitsgruppe ist beispielsweise für Kontrollen bei den Gefangenen in den JVAs zuständig. Sie prüfen und durchsuchen die Zellen. Dabei gab es schon kuriose Funde, denn kreative Ideen gibt es zahlreich.

Mingo erläuterte zu Beginn die allgemeine Entwicklung.



> Übungsbeispiel: Vorführen von Abwehrmöglichkeiten: Dirk Mingo, Manuela Burkert (von links).

So ist die Tendenz zu Übergriffen auf das Personal im öffentlichen Dienst steigend. In den letzten Jahren haben sich die Übergriffe vervierfacht, so Mingo.

Um bei sich anbahnenden Konflikten eine Eskalation zu vermeiden, ist aktives Zuhören sehr wichtig. Auch die Haltung der Hände unterstützt hierbei. Diese sollten nicht hinter dem Rücken oder in den Taschen versteckt werden, sondern am besten vor dem Brustkorb gehalten werden. So besteht auch bei einem Angriff die Möglichkeit, sich schnell zu wehren und zu schützen.

Aber auch Augenkontakt ist bei einem Gespräch sehr wichtig. Denn damit wird der gegenüberstehenden Person vermittelt, dass ihr zugehört wird. Sollte die Person Ihnen zu nah kommen, so sagen Sie mit tiefer, fester und lauter Stimme „stopp“.

Der Mensch ist ein Gewohnheitstier. Wir gehen jeden Tag zur gleichen Zeit aus dem Haus und fahren den gleichen Weg zur Arbeit. Es gibt viele Rituale, die immer wieder gleich ablaufen und für Außenstehende gut zu beobachten sind. Dadurch können Täter ihre Opfer „auspienieren“ und gezielt aktiv werden. Ändern Sie ab und zu Ihre Routine. Werden Sie regelmäßig

auf dem Heimweg „abgefangen“ und bedrängt? Dann gehen Sie mal zehn Minuten eher, sodass die Täter Sie verpassen. Mit kleinen Änderungen können Sie manchmal Großes erreichen.

Sollten Sie in eine bedrängende Situation kommen, so notieren Sie die Fakten und machen den Vorfall aktenkundig. Erzählen Sie es Ihren Kolleginnen und Kollegen und tauschen sich aus. Sie sind bestimmt kein Einzelfall. Bei Übergriffen muss eine Konsequenz für die Täter folgen wie beispielsweise eine Meldung oder Anzeige.

Viele Teilnehmende nutzten die Gelegenheit und nahmen an dem anschließenden Rundgang durch die JVA teil. Hier erhielten wir Einblicke in die Zellengröße, den Alltag der Gefangenen, die Aufnahme-prozedur, die Besuchsmöglichkeiten und vieles mehr. Die Wärterinnen und Wärter erläuterten den Alltag und die täglichen Hürden.

So ist beispielsweise aufgrund des gestiegenen Anteils an arabisch sprechenden Gefangenen die Arbeit der weiblichen Bediensteten erschwert. Deutsche Männer sind „trainiert“, so Jakob. Für sie ist es normal, dass in Gefängnissen auch Frauen die Aufsicht und

das Sagen haben. Aber Männer aus anderen Kulturen kennen dies nicht. Bei ihnen ist die Akzeptanz nicht vorhanden und muss erst aufgebaut werden.

Die JVA ist für den Vollzug von Untersuchungshaft und Freiheitsstrafen von bis zu zwei Jahren zuständig. Aufgrund der kurzen Verweildauer der Gefangenen sind die Umsetzung von Bildungsmaßnahmen und das Erlangen der Bildungsabschlüsse schwierig, sodass auch die Zeit nach der Haft eine große Herausforderung ist. Sein Leben komplett neu zu starten mit neuer Wohnung, neuem sozialen Umfeld, neuer Arbeit und dergleichen ist sehr schwer und nur wenige schaffen diesen großen Schritt.

Herzlichen Dank an Manuela Burkert (Frauenvertreterin vom BSBD) und ihrem Team für die großartige Unterstützung und Vorbereitung der Veranstaltung. Unseren Teilnehmenden danken wir für ihr Interesse und ihre neugierigen Fragen. Dadurch war es eine rundum gelungene Veranstaltung mit einer tollen Atmosphäre. Wir freuen uns schon auf die nächste Veranstaltung im kommenden Jahr.

Tanja Teich,
Vorsitzende der SBB Frauen

SBB Jugend

Tag der offenen Tür

Am 22. September 2018 öffnete die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (FH), Fortbildungszentrum des Freistaates Sachsen, wieder für alle Interessierten ihre Türen.

Ob Fachvorträge der einzelnen Fachbereiche, Infomesse oder Führungen über den Campus: All das konnten die potenziellen Anwärter in der Zeit von 9 bis 14 Uhr besuchen.

Die Hochschule bildet in vier Fachbereichen – Allgemeine Verwaltung, Sozialverwaltung und -versicherung, Steuer- und Staatsfinanzverwaltung sowie Rechtspflege – den Nachwuchs für die gehobene Funktionsebene in der Verwaltung und Justiz des Freistaates Sachsen aus. Das Fortbildungszentrum ist die zentrale ressortübergreifende Fortbildungseinrichtung für die Bediensteten der Landesverwaltung.

Auch der SBB war mit einem Stand dabei. Auf der Infomesse wurden Fragen rund um Studium, Krankenversicherung und natürlich über Möglichkeiten einer unserer Fachgewerkschaften beizutreten, beantwortet. Gemeinsam mit der SBB Jugend ist dieser Termin fest im Kalender notiert und kommt bei den Bewerbern supergut an.

Für Überraschung bei den Besuchern sorgt alljährlich der Stand über das Auswahlverfahren. Hier wird deutlich, wie viele Bewerbungen eingehen und wie viele Studenten letztendlich immatrikuliert werden



> Jonny Scholz (DSTG Jugend) und Beatrice Hala (Geschäftsführerin SBB) am Stand des SBB zum Tag der offenen Tür an der Fachhochschule Meißen.

können. Für 2018 gab es im Bereich Allgemeine Verwaltung 978 Bewerber, von denen 103 immatrikuliert wurden. Für die Steuerverwaltung 686 Bewerber, von denen 85 erfolgreich waren. Für die Rechtspflege 26 von 706 und für die Sozialverwaltung 21 von 644. Im Bereich der Sozialversicherung waren nur 16 von 611 Bewerbern erfolgreich.

Bewerbungen waren bis 1. Oktober möglich. Als nächstes folgt der schriftliche Test zum 3. November. Die Vorstellungsgespräche für die einzelnen Studiengänge werden in den Monaten Februar und März 2019 folgen. Eine Zusage und Zulassung zum Studium erfolgt ab April 2019.

Weitere Informationen unter: www.hsf.sachsen.de

SBB Senioren

Vorsorge mit der Vorsorgevollmacht

Am 13. September 2018 informierten Katharina Zodehougan von der Betreuungsbehörde des Sozialamtes Dresden und Stefan Hupfer vom 1. Dresdner Betreuungsverein e.V. Mitglieder der SBB Senioren im Seminarraum der BBBank am Altmarkt in Dresden.

Die Referenten klärten über die Vorteile, aber auch über die Tücken einer Vorsorgevollmacht auf. Wird diese zum Beispiel nicht eingeschränkt, kann sie für alle Angelegenheiten herangezogen werden. Daher sollte die Vollmacht nur einer Person des absoluten Vertrauens erteilt werden, die dann auch erst davon Gebrauch machen darf, wenn Betroffene dazu selbst nicht mehr in der Lage sind.

Beglaubigungen einer Vorsorgevollmacht nimmt die Betreu-



ungsbehörde unter Vorlage eines gültigen Ausweispapieres vor. Sollten Immobilien oder

größere Vermögensbestände vorhanden sein, empfiehlt es sich, einen Notar hinzuzuzie-

hen. Eine Eintragung in das Zentrale Versorgungsregister wird von beiden vorgenommen.

Weiter informierten die Referenten darüber, dass Banken eigene Formulare für Depot- und Kontovollmachten bereithalten, und dass Vollmachten auch widerrufen werden können. Ein weiterer wichtiger Punkt: Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung sind nicht das Gleiche – beide Instrumente der Willensbekundung sind getrennt voneinander zu betrachten.

Verfassungsverstoß wird nicht rückwirkend behoben

Besoldung: Kein Geld für allgemeine Ost-West-Angleichung

Am 21. August 2018 haben sich Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff und der dbb Landesvorsitzende Wolfgang Ladebeck zum Vierteljahresgespräch getroffen. Im Fokus standen dabei die Entwürfe der Landesregierung zur Dienstrechtsnovelle und zur Polizeistrukturereform 2020.

Zur dbb Forderung nach einer rückwirkenden Beseitigung der abgesenkten Ostbesoldung in 2008 und 2009 für alle Beamtinnen und Beamte, verwies der Ministerpräsident auf Gesamtkosten in Höhe von 100 Millionen Euro. Vor diesem Hintergrund werde es dafür keine politische Mehrheit geben. Durch den aktuellen Entwurf der Dienstrechtsnovelle würde die Umsetzung hinsichtlich der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hingegen einmalig fünf bis sechs Millionen Euro betragen.

■ Dienstrechtsnovelle grundsätzlich positiv

Grundsätzlich bewertete Ladebeck die besoldungsrechtlichen Maßnahmen in der

Dienstrechtsnovelle als positives Signal, weil sie Sachsen-Anhalt im Wettbewerb um die besten Köpfe im öffentlichen Dienst stärken. „Sonderzuschläge für Personal, das wir sonst nicht bekommen, und Zuschläge für Beamtinnen und Beamte, die über ihren Ruhestand hinaus arbeiten wollen, halten wir in Zeiten des Fachkräftemangels für notwendig und sachgerecht. Dass allerdings die oberste Dienstbehörde oder eine von ihr bestimmte Stelle über den Zuschlag für das Arbeiten über den Ruhestand hinaus entscheiden soll, halten wir für falsch. Da ohnehin ein dienstliches Interesse vorausgesetzt wird, ist der Zuschlag zu zahlen“, sagte der dbb Landeschef.

■ Polizei: Neue Struktur schon ab 2019

Weil derzeit noch Personal fehlt, hätte sich Ladebeck, der auch Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in Sachsen-Anhalt ist, einen späteren Termin für die Umsetzung der Polizeistrukturereform 2020 gewünscht. Nach dem Willen der Landesregierung soll die neue Organisationsstruktur der Landespolizei mit der Errichtung einer Polizeiinspektion Zentrale Dienste in Magdeburg sowie vier gleichgeordnete Inspektionen in Dessau-Roßlau, Halle (Saale), Magdeburg und Stendal aber bereits zum 1. Januar 2019 umgesetzt werden.



> Wolfgang Ladebeck im Gespräch mit Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff. (von links)

© dbb sachsen-anhalt

„Wir bauen eine Organisation für zukünftig 6 400 Polizeibeamte und 1 011 Dienstposten beziehungsweise Stellen in der Polizeiverwaltung, haben derzeit offiziell aber nur 5 650 Polizeivollzugsbeamte. Vor dem Hintergrund, dass die Einrichtung jeder zusätzlichen Polizeiinspektion Personal von den Basisdienststellen abzieht, wird ein geordneter Aufbau von neuen Behörden mit dem aktuellen Personalbestand sehr schwierig“, so Ladebeck. ■

Beamtenrechtliches Spitzengespräch

Besoldung muss attraktiver werden

Am 29. August 2018 hat in Magdeburg auf Einladung von Finanzminister André Schröder das jährliche Spitzengespräch mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu beamtenrechtlichen Themen stattgefunden.

Die Landesregierung hat Dienstrechtsänderungen auf den Weg gebracht, die am 1. Januar 2019 in Kraft treten sollen. Dabei geht es um die Ost-West-Angleichung und Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs im öffentlichen Dienst.

■ Abgesenkte Ostbesoldung: 800 Widersprüche

Laut Finanzministerium liegen 800 Widersprüche vor, die „frist- und zielgerichtet“ gegen die abgesenkte Ostbesoldung erhoben und noch nicht beschieden wurden. Minister Schröder betonte, dass ihn das Haushalts-

recht daran hindere, über die Rechtsprechung hinauszugehen und den Verfassungsverstoß rückwirkend für alle Beamtinnen und Beamten zu beseitigen. „Das bedeutet, dass die Beamtinnen und Beamten die Bezüge auch in Zukunft mit Widersprüchen gegen ihre Besoldung lahmlegen werden.

Das kann nicht im Interesse des Dienstherrn sein“, sagte Ulrich Stock, Erster stellvertretender dbb Landesvorsitzender.

Die Zulagen für das Hinausschieben des Ruhestandes und zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit begrüßte Stock zwar grundsätzlich. Die Besoldung müsse aber insgesamt attraktiver werden, um in Zeiten akuten Personalmangels wettbewerbsfähig gegenüber der Privatwirtschaft zu sein.

Der dbb wiederholte auch seine Forderung nach einer deutlichen Anhebung der 2017 wieder eingeführten Jahressonderzahlung. „Von den 400 beziehungsweise 600 Euro bleibt nach Steuerabzug zu wenig übrig. Deshalb müssen die Beträge schrittweise angehoben werden, bis sie das Niveau der Tarifbeschäftigten erreichen. Da die für die Sonderzahlung 2017 veranschlagten Mittel nicht voll zur Auszahlung kamen, ist Geld für eine Anhebung da“, sagte Stock.

Zum Thema Beförderungen sagte Schröder, dass ein Beförderungsstau der Vorjahre poli-

tisch nicht wegdiskutiert werden könne. Diesen werde man mit einer kontinuierlichen Beförderungspraxis abbauen, wobei entsprechende Gelder auch ins nächste Haushaltsjahr übertragen werden sollen.

Weil ein großer Teil der den Ressorts für Beförderungen zur Verfügung stehenden Mittel für Höhergruppierungen verausgabt wird, hat der dbb empfohlen, Mittel für Höhergruppierungen aus dem Personalkostenbudget zu finanzieren und Mittel für Beförderungen – wie bisher – verstetigt am Bedarf im Haushalt auszuweisen.

■ **Beihilfe: Kein Systemwechsel**

Thematisiert wurde auch die Beamtenbeihilfe. Finanzminister Schröder und dbb warnen vor der Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Krankenversicherung. Schröder verwies zudem auf rechtliche Unsicherheiten, Übergangsprobleme, Mehrkosten am Anfang und fehlende Erfahrungen mit dem

sogenannten „Hamburger Modell“. Er werde dem Kabinett zum jetzigen Zeitpunkt deshalb keinen Systemwechsel empfehlen. ■



© pixabay.com

Besoldung

Zuschläge für späteren Ruhestand und zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit

Beamtinnen und Beamte, die ihren Ruhestand hinausschieben, können einen Zuschlag in Höhe von zehn Prozent des Grundgehalts erhalten. Außerdem können zukünftig auch Sonderzuschläge zur Sicherung der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes gewährt werden.

Die Landesregierung hat am 7. August 2018 einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften beschlossen und zur Anhörung freigegeben. Er setzt außerdem einen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Mai 2017 zur Ost-West-Angleichung um. Danach werden nur den Beamtinnen und Beamten der Besoldungsgruppen ab A 10, die fristgerecht Widerspruch gegen die abgesenkte Ostbesoldung 2008/ 2009 eingelegt haben und

deren Verfahren noch offen sind, die Differenzbeträge zur Besoldung nachgezahlt.

„Dass einige Beamte eine Entschädigung erhalten und andere leer ausgehen, wird nach dem Umgang der Landesregierung mit den Widersprüchen zur altersdiskriminierenden Besoldung erneut zu großem Unmut führen“, sagte der dbb Landesvorsitzende Wolfgang Ladebeck. „Die Landesregierung versteckt sich wieder einmal hinter der Rechtsprechung. Wir fordern eine allgemeine rückwirkende Behebung des Verfassungsverstoßes für sämtliche Beamtinnen und Beamten.“

■ **Win-win-Situation für Dienstherrn und Beamte**

Im Gesetzentwurf werden zudem die Rechtsgrundlagen für Zuschläge geschaffen, um dem Fachkräftemangel durch finanzielle Anreize zu begegnen.

Zum einen können Beamtinnen und Beamte, wenn sie ihren Ruhestand hinausschieben, einen Zuschlag in Höhe von zehn Prozent des Grundgehalts erhalten. Erforderlich für den Zuschlag ist ein dienstliches Interesse am Personalbedarf. Zum anderen kann zukünftig ein Zuschlag zur Sicherung der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit gezahlt werden.

„Nach Jahren verfehlter Personalpolitik hat die Landesregierung endlich eingesehen, dass die Funktions- und Wettbe-

werbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt nicht mehr sichergestellt ist. Statt das Besoldungsniveau insgesamt anzuheben oder die Eingangsbesoldung zu erhöhen, will man das Problem des Fachkräftemangels künftig mit einer Zulage lösen. Das kann man machen, darf die Zulage dann aber nicht nach Gutsherrenart vergeben“, machte Ladebeck deutlich.

Der Gehaltszuschlag für das Arbeiten über den Ruhestand hinaus sei eine „Win-win-Situation für Dienstherrn und Beamte“. Da das dienstliche Interesse Voraussetzung für das Weiterarbeiten über die Altersgrenze hinaus ist, fordert der dbb statt einer „Kann“- eine „Ist“-Regelung“. ■



© pixabay.com

Bildung

„Wegen Lehrermangel geschlossen“

Bildungspolitik in Sachsen-Anhalt ist in der gegenwärtigen Zeit ein schweres Stück Arbeit. Auch im Verlauf der Sommerferien hat sich eines nicht verändert: Der Mangel an Lehrern und pädagogischen Fachkräften.

Leider begann damit auch das neue Schuljahr wieder so, wie das alte Schuljahr begonnen und geendet hat: Chaotisch. Trotz aller Bemühungen von Bildungsminister Marco Tullner fällt es schwer, vor allem an weniger attraktiven Standorten die freien Lehrerstellen zu besetzen. Die meisten neuen Kolleginnen und Kollegen werden an Sekundarschulen, Förderschulen sowie Grundschulen gesucht. Zudem kommt noch eine Überstundenflut bei Sachsen-Anhalts Lehrern.



© VBE Sachsen-Anhalt

> Torsten Wahl, Vorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) Sachsen-Anhalt

Um bei Erkrankungen von Kollegen flexibel reagieren zu können, dürfen Pädagogen in Sachsen-Anhalt wöchentlich bis zu vier Stunden mehr arbeiten. Aber bei 80 Überstunden pro Lehrer ist Schluss. Zudem sollen die angefallenen Überstunden, soweit ein Ausgleich nicht innerhalb des aktuellen Schuljahres erfolgt, innerhalb des nächsten Schuljahres abgemeldet werden können. „Der Anstieg der Lehrerüberstunden ist ein Ergebnis der stetig steigenden Personalknappheit an den Schulen. Die verbliebenen Lehrer mussten und müssen immer mehr Vertretungsüber-

stunden übernehmen. Eine Entspannung ist nicht in Sicht. Viele Lehrer werden wohl auf ihrer Mehrarbeit sitzen bleiben“, kritisiert Torsten Wahl, Landesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung.

Das Problem ließe sich nur durch massive Einstellung von Pädagogen lösen, was sich aber als illusorisch herausstellt. Schon die Ausschreibung von 610 Lehrerstellen bringt das Land an seine Grenzen. „Lehrer zu finden, die auch an weniger attraktiven Standorten arbeiten wollen, gestaltet sich schwieriger als gedacht“, so Wahl.

> **Ausgebildete Lehrkräfte sind Mangelware**

Der Lehrermangel verstärke den Arbeitsdruck und die Belastung der vorhandenen Kolleginnen und Kollegen weiter. Lehrkräfte fehlten vor allem an Grundschulen, Förderschulen, Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen. „Im Endeffekt sind die Kinder die Leidtragenden, weil sie keinen guten und vollständigen Unterricht bekommen“, sagt Wahl. Das frustrierte auch die Lehrkräfte, weil sie ihr Ziel, die Schüler bestmöglich zu fördern, nicht erfüllen könnten.

Der Sekundarschullehrerverband warnt vor einer historisch schlechten Personalsituation. „Es drohen massive Ausfälle, das wird man nicht in den Griff bekommen“, sagt die Vorsitzende Claudia Diepenbrock. In diesem Schuljahr seien es mehr Schüler als zu Beginn des vergangenen Schuljahres, die landesweit an knapp 800 Schulen unterrichtet werden. Parallel dazu müsste auch die Zahl der

Lehrer steigen. Das Gegenteil sei aber der Fall. Ausgebildete Lehrkräfte seien Mangelware.

Hinzu komme, dass rund ein Viertel der jetzt eingestellten Lehrerinnen und Lehrer Seiteneinsteiger seien – mit Hochschul-, aber ohne Lehramtsabschluss. Bevor sie unterrichten können, müssen sie qualifiziert werden und stehen die ersten Wochen nicht zur Verfügung. Zudem ist bundesweit ein Wettkampf um Lehrkräfte entbrannt. „Wenn Sachsen-Anhalt Lehrer gewinnen will, muss es attraktiver werden. Dazu braucht es neben höheren Zulagen für unattraktive Stellen auch eine flexiblere Einstellungspraxis“, mahnt Diepenbrock.



© Karl-Heinz Kaden, VDR

> Claudia Diepenbrock, Vorsitzende des Sekundarschullehrerverbandes (SLV) Sachsen-Anhalt

Die beste Bildung steht und fällt mit einer ausreichenden Lehrerversorgung. Auch der Philologenverband Sachsen-Anhalt (PhVSA) kritisiert die nach wie vor zu unflexiblen Einstellungsverfahren. Die Nachbarländer seien deutlich beweglicher und locken inzwischen mit Verbesserungen und Höhergruppierungen. Von den 610 ausgeschriebenen Stellen, für die es mehr als 1 000 Bewerber mit



© Friedhelm Windmüller

> Thomas Gaube, Vorsitzender des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt (PhVSA) und stellvertretender Vorsitzender des dbb sachsen-anhalt

einer Vielzahl von Mehrfachbewerbungen gab, konnten bisher nur 420 Stellen besetzt werden.

> **Belastung steigt weiter**

„Die Schere zwischen altersbedingten Personalabgängen und erfolgreichen Neueinstellungen spreizt sich von Jahr zu Jahr weiter“, sagt Thomas Gaube, Vorsitzender des PhVSA. Noch seien im Landesdurchschnitt die Gymnasien mit knapp unter 102 Prozent so ausgestattet, dass sie ihre Pflichtstudenten füllen können. Aber auch hier gebe es regional und fachbezogen landesweit große Unterschiede, die auch an den Gymnasien Stundenkürzungen notwendig machen. Gesamtschulen kommen gerade noch auf eine durchschnittliche Unterrichtsversorgung von etwa 100,5 Prozent, Grund- und Sekundarschulen sowie Förderschulen werden mit deutlich unter 100 Prozent ihre Pflichtaufgaben nicht erfüllen können. „Von der im Koalitionspapier verankerten Vertretungsreserve von drei Prozent spricht im bildungspolitischen Raum schon lange keiner mehr. Die Belastungen der Lehrkräfte und die damit verbundenen Erkrankungszahlen steigen weiter an“, kritisiert Gaube.

Der PhVSA fordert von allen Parteien ein gemeinsames und geschlossenes Handeln, um für eine den Aufgaben angemessene Unterrichtsversorgung in allen Schulformen zu sorgen. „Flexiblere Angebote, auch im Hinblick auf Besoldung und Vergütung für Lehrerstellen in Mangelregionen und eine

flexiblere Einstellungspraxis sind längst überfällig“, sagte Gaube. Dabei könne natürlich nicht, wie in benachbarten Ländern, der Verzicht auf Qualitätskriterien im Qualifikationsnachweis der Schlüssel zum Erfolg sein. Offene Stellen sollten ganzjährig flexibel ausgeschrieben werden.

Im Hinblick auf die aktuell geführte Diskussion um die Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe erwarten PhVSA und VBE Abstand von Modellen zu nehmen, die unnötig zusätzliche Personalbedarfe nach sich ziehen.

Mit einer Einstellungsinitiative soll der Lehrermangel nun an

vielen Schulen eingedämmt werden. Mit dem Ziel, 1 000 neue Lehrer noch in diesem Jahr einzustellen, will der Bildungsminister schwer besetzbare Stellen, hauptsächlich in ländlichen Regionen, mit einer zeitlich befristeten Zulage ausstatten. ■

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschland (BSBD)

Justizvollzug bedeutet Sicherheit!

Es klingt wie eine Posse aus Sachsen-Anhalt: Ein Gefangener sollte zu einer Verhandlung an einem Landgericht in Sachsen-Anhalt erscheinen. Doch als die Tür des Transporters geöffnet wird, geht alles ganz schnell: Der Gefangene springt heraus, wirft einem seiner Bewacher, der neben der Tür steht, seinen Verpflegungsbeutel ins Gesicht, schubst ihn und stürmt los.

So und ähnlich war es innerhalb weniger Wochen in Sachsen-Anhalts Presse zu lesen. Die spektakulären Fluchten werfen ein Schlaglicht auf die Situation der Justiz in Sachsen-Anhalts Gefängnissen. „Ob im Justizvollzug oder bei den Gerichten, es ist jahrelang gespart worden“, kritisiert Mario Pinkert, Landesvorsitzender des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD).

Doch steckt hinter den Fluchten wirklich nur das Personalproblem? Die Vorfälle werfen einige Fragen auf: Bekommt der Beruf des Justizvollzugsbeamten und -beamtin von ihrem Dienstherrn und in der Gesellschaft die Anerkennung, die er verdient, oder gelten sie nur als „Schließer“? Ist die Ausbildung noch zeitgemäß? Wie sieht die Sachausstattung in der Justiz aus?

Richtig ist: Auch in der Justiz wurde der Nachwuchsgewinnung seit Jahren nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt. Das Justizpersonal ist überaltert. In den nächsten Jahren werden 100 von 255 Gerichtswachtmeistern sowie 330 von 727 Vollzugsbediensteten die

Altersgrenze erreichen. „Doch sollte zur Debatte über die Personalstärke eine über die Qualität kommen“, mahnte Pinkert. Sorge bereite dem BSBD neben dem Personalproblem auch ein Qualitätsverlust in der Aus- und Weiterbildung sowie der Sachausstattung der Kolleginnen und Kollegen, wie zum Beispiel mit Dienstbekleidung.

■ Zeit für mehr Sport!

Dem Hinweis auf die Überalterung des Justizpersonals folgt natürlich die Frage nach der körperlichen Fitness der Beamtinnen und Beamten. Fakt ist: Die berufliche Tätigkeit im Vollzug stellt an die körperliche Leistungsfähigkeit der Justizvollzugsbediensteten aller Laufbahn- und Altersgruppen hohe Anforderungen, besonders im allgemeinen Vollzugsdienst. Um den beruflichen Anforderungen gerecht werden zu können, müssen sie über körperliche Gewandtheit, Ausdauer und Widerstandsfähigkeit verfügen.

Darüber hinaus sollten sie auch die Techniken der waffenlosen Selbstverteidigung beherrschen. „Natürlich sind junge Leute fitter. Körperliche Leis-

tungsfähigkeit ist auch ein Einstellungskriterium – ein Sporttest fester Bestandteil der Prüfung für den Vollzugsdienst“, so Pinkert. Doch später interessiere es niemanden mehr. Es gebe zwar Sportangebote für die Beschäftigten, anders als bei der Polizei aber keinen verpflichtenden Dienstsport.

Hier sei eine bessere Gesundheitsförderung zwingend nötig, die neben dem Dienst- auch Präventionssport beinhalte. Dabei müssen gesundheitsfördernde Maßnahmen auf die Arbeitszeit angerechnet werden. „Der ‚Dienstsport‘ sollte, wie es das Wort schon sagt, auch während des Dienstes erfolgen. Aktuell werden die Kolleginnen und Kollegen überwiegend nach geleistetem Dienst zu Fortbildungen verpflichtet“, kritisiert Pinkert. Dadurch fallen unnütze Überstunden an, die den personellen Notstand weiter forcieren. Eine angespannte Haushalts- und Personalsituation dürfe nicht Grund dafür sein, den Dienstsport aufzugeben. „Gerade die Vorkommnisse in den zurückliegenden Wochen zeigen, wie wichtig die körperliche Fitness der Bediensteten ist“, so Pinkert.

■ Dienstkleidung fehlt!

In unserer Gesellschaft gibt es etliche Arbeitsbereiche, in denen das Tragen von Dienstkleidung nötig und vorgeschrieben ist. Dazu gehört auch der Justizvollzugsdienst. Laut Dienstkleidungsvorschrift für die Justiz des Landes Sachsen-Anhalt vom 16. Juni 2015 erhalten alle Dienstkleidungsträgerinnen und -träger eine Erstausrüstung. So weit, so gut. Aber die Realität sieht anders aus: „Viele Kolleginnen und Kollegen warten noch heute auf Umtauschartikel der Grundausrüstung aus dem Jahr 2015 und der bestellten Dienstbekleidung aus 2016. Die Bediensteten müssen mit verschlissenen Kleidungsstücken ihren täglichen Dienst verrichten“, kritisiert Pinkert.

Gerade den Gefangenen gegenüber seien sie doch zur Vorbildwirkung angehalten. Trotz mehrfacher Gespräche und Vorschläge seitens des BSBD mit Mitarbeitern des Bekleidungsservicecenters des Technischen Polizeiamtes und dem Justizministerium habe sich bisher nichts geändert. So könne sich Pinkert zum Beispiel vorstellen, dass Bekleidungs-geld den Bediensteten auszu-zahlen. Über entsprechende Kataloge könnten dann die Kollegen ihre benötigte Dienstkleidung selbst bestellen. In anderen Bundesländern sei dies bereits übliche Praxis. ■

Senioren-Seminar

Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht

Insgesamt 23 Teilnehmer zählte die von den tbb Senioren am 25. September 2018 in Erfurt durchgeführte Veranstaltung zum Thema „Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht“.

Das Thema rückt immer mehr in den Fokus der Kolleginnen und Kollegen. Die Frage: „Was geschieht mit mir und meinem Ersparten, meinem Eigentum, meinem Vermögen, wenn ich nicht mehr in der Lage bin, selber Entscheidungen zu treffen?“, ist gerade bei älteren Menschen von immer größerer Bedeutung. Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung, Kontovollmacht bis hin zur Generalvollmacht wurden anschaulich erklärt und jeweils die Vor- und Nachteile aufgezeigt.

Insbesondere die Patientenverfügung war für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

von großem Interesse. Denn unabhängig vom Alter kann jeder jederzeit in die Situation kommen, nicht mehr selbstbestimmt entscheiden zu können. In dieser vollkommenen Abhängigkeit von anderen Menschen, wie zum Beispiel Ärzten, Pflegepersonal oder Verwandten, gibt es den nachvollziehbaren Wunsch zu wissen, dass eine absolute Vertrauensperson die eigenen Geschicke in die Hand nimmt.

Aber auch die Verfügung über das Vermögen in so einer Situation ist natürlich von Bedeutung: Wer darf an mein Konto, um Rechnungen zu beglei-

chen? Wer darf mit meiner Krankenversicherung oder meiner Beihilfestelle sprechen, um Dinge verbindlich zu regeln? Von wem möchte ich betreut werden? Und von wem nicht?

Für all diese Situationen hat der Gesetzgeber vorgesorgt und rechtliche Lösungen entwickelt. Wie die aussehen und welche Schritte ich dafür einleiten muss, wurde ebenso erläutert wie die möglichen Folgen. Und nicht zuletzt natürlich, wo man sich über den aktuellen Stand des geltenden Rechts, rechtsgültige Vordrucke und Unterstützung etwa durch Hilfsorganisationen, Institutionen und

natürlich Behörden informieren kann.

Auch das Thema „Erbchaft“ wurde kurz angerissen: Erben ersten, zweiten oder dritten Grades, das richtige Testament, der gesetzliche Erbteil, Alleinerbe bis Erbengemeinschaft. Dies sind alles Themen die zeigen, wie komplex das Rechtsgebiet ist.

Es war eine gelungene Veranstaltung, die die tbb Senioren mit großer Unterstützung der tlv Geschäftsstelle organisiert haben.

*Burkhard Zamboni,
Vorsitzender der tbb Senioren*



© pixabay.com

> Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

Bundesweiter „Tag des Zugpersonals“

Am 11. September 2018 führte die GDL zum zweiten Mal den bundesweiten „Tag des Zugpersonals“ durch.

Mit dem „Tag des Zugpersonals“ unterstreicht die GDL ihre Stellung als starke Interessenvertretung der Lokführer, Zugbegleiter und Bordgastronomen.

Der Bezirk Hessen-Thüringen-Mittelrhein stand dabei in diesem Jahr vor der Herausforderung, diesen Tag gleich an vier Standorten im Bezirk – Frankfurt, Darmstadt, Kassel und Erfurt – auszurichten.

Für die Ausrichtung in Erfurt waren die Ortsgruppen der Region Thüringen verantwortlich und wurden dabei auch von Kollegen aus Fulda unterstützt. In der Zeit von 10 bis 15 Uhr informierten sie an einem Stand im Erfurter Hauptbahnhof über den Arbeitsalltag des Zugpersonals und die umfängliche Betreuung in der Berufsorganisation.

Für die interessierten Kollegen, die den Stand besuchten, lagen Flyer zu den Leis-



© GDL

tungen der GDL und ihrer Partner, der FairnessBahnen e.V. und FairnessPlan e.V., aus. Außerdem konnten durch den Einsatz der Kollegen die Gäste mit

selbst gebackenem Kuchen und frischem Kaffee bewirtet werden.

*Oliver Reichert,
GDL-Ortsgruppenvorsitzender Erfurt*

Bildung

A 13 für Regelschullehrer kommt 2020

„Ab 1. Januar 2020 erhalten alle Regelschullehrer in Thüringen die A 13.“ Das gaben in einer gemeinsamen Pressekonferenz am 18. September 2018 der Vorsitzende des tbb, Helmut Liebermann, die Vorsitzende der GEW, Kathrin Vitzthum, sowie Finanzministerin Heike Taubert und Bildungsminister Helmut Holter bekannt.

Schritt der Einigung zwischen den Gewerkschaften und den Ministerien. Der erforderliche Gesetzentwurf liegt derzeit zur Entscheidung im Parlament.

Der tbb ist Dachverband von fünf Gewerkschaften, die im Schulbereich Mitglieder organisieren: thüringer lehrerverband (tlv), Thüringer Philologenverband (TPHV), Christliche Erziehergemeinschaft (CEG), Berufsschullehrerverband (BLV) und Thüringer Verband der Lehrer (TVDL).

*Helmut Liebermann,
Vorsitzender tbb*



„Es ist ein Kompromiss, den wir nach hartem Ringen gefunden haben“, erläutert Liebermann.

„Wir wollten eine frühere Angleichung, auch mit Blick auf alle Nachbarbundesländer, die be-

reits nach A 13 besolden, stehen aber zu diesem Ergebnis, das eine Entscheidung noch in dieser Legislatur ermöglichte.“

Nach Aussage der Regierungsvertreter ist vorgesehen, dass das Kabinett kurzfristig einen entsprechenden Entwurf zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes einbringt, sodass die Vollangleichung

noch vor den Landtagswahlen 2019 beschlossen werden kann.

Regelschullehrer in Thüringen sollen damit rückwirkend zum 1. Januar 2018 eine ruhegehaltfähige Zulage in Höhe von 50 Prozent der Differenz der Besoldungsgruppen A 12 und A 13 erhalten. Dies war der im Juli 2017 vereinbarte erste

Mitgliederreise

komba jugend thüringen beim Münchner Oktoberfest

Nachdem die komba jugend thüringen in den vergangenen Jahren stets selbst ein kleines Oktoberfest für Mitglieder und Freunde veranstaltete, war es in diesem Jahr Zeit, das Original in München zu besuchen. Dies war nicht zuletzt das Ergebnis einer Umfrage zur Weihnachtsfeier der jungen komaner im Jahr 2017.

So ließen es sich 17 Mitglieder am Morgen des 23. September 2018 nicht nehmen, die Reise in das Nachbarbundesland anzutreten. Nach einer knapp sechsständigen Zugfahrt erreichten sie Augsburg. Denn dort wohnten die jungen Gewerkschaftsmitglieder für die

Dauer der Reise. Hier ließen die komaner auch den ersten Abend in gemütlicher Atmosphäre bei Burgern und Cocktails ausklingen.

Nach dem Frühstück am nächsten Morgen wurden Dirndl und Lederhosen angezogen und



© komba thüringen

dann ging es auch schon in die Landeshauptstadt München. Dort angekommen, zog es die Jugend direkt in das Hacker-Festzelt, wo bereits vorab zwei Tische reserviert wurden.

Nach dem Genuss von Käsespätzle, Obazda, Brezeln sowie dem erfrischenden Oktoberfestbier trafen sich die Thüringer mit Mitgliedern der komba jugend bayern. Andreas Gehring (Landesjugendleiter komba jugend bayern)

und Claudia Hörmann (stellvertretende Landesjugendleiterin der komba jugend bayern) erwarteten bereits gemeinsam mit einigen weiteren Mitgliedern die Thüringer Delegation.

Schließlich zogen alle gemeinsam über das größte Volksfest der Welt und nutzten dabei die Gelegenheit für die Nutzung der Fahrgeschäfte. Egal ob Autoscooter oder Free-Fall-Tower, es war für jeden etwas dabei.

Am Ende beeindruckten die Mitglieder der bayrischen Jugend nochmals durch ihr Organisationsgeschick und durch ihre Spontanität: Denn zu diesem Zeitpunkt schien es unmöglich, noch einmal gemeinsam in einem der Festzelte Platz zu nehmen. Doch letztlich konnten die Mitglieder der komba jugend bayern einen Tisch organisieren

und so tanzten alle gemeinsam im traditionsreichen Schottenhummel und tranken dabei noch die ein oder andere Maß Bier.

Am Ende konnten alle Teilnehmer auf einen wunderschönen und ereignisreichen Tag mit vielen verschiedenen Eindrücken zurückblicken. Besonders positiv fiel den Thüringern die

Herzlichkeit und Gastfreundlichkeit der Bayern auf. Hierfür ein ganz besonderer Dank! Möglicherweise wurde mit dieser Reise sogar der Beginn einer Tradition der Bayern und Thüringer innerhalb der komba Gewerkschaft geschaffen.

Als am darauffolgenden Morgen allen die Farbe ins Gesicht

zurückgekehrt war, wurde das fantastische Wetter genutzt, um sich noch einmal die Stadt Augsburg anzusehen, bis schließlich am späten Nachmittag die Reise in die Heimat angetreten wurde.

*Benjamin Lange,
komba thüringen*

Jubiläum

25 Jahre Landesfrauenrat

Am Freitag, 21. September 2018, feierte der Landesfrauenrat Thüringen in der Michaeliskirche in Erfurt sein 25-jähriges Bestehen.

27 Organisationen und Gruppen sind im Landesfrauenrat Thüringen organisiert. Sein Ziel ist die Verbesserung der Situation von Frauen in Beruf, Gesellschaft und Familie.

Ministerpräsident Bodo Ramelow lobte das langjährige

Engagement des Landesfrauenrates. Er sprach seine Anerkennung aus, dass der Verband stetig gegen die Ungleichbehandlung der Geschlechter kämpft. So sind etwa Frauen in Führungspositionen noch immer unterrepräsentiert.

Die Landesministerin für Soziales, Heike Werner, verlieh außerdem fünf engagierten Personen das Ehrenamtszertifikat.

*Ulrike Decker,
tbb frauen*



> Ministerpräsident Ramelow mit Birgit Drischmann und Ulrike Decker.

© tbb

Tag der Deutschen Einheit

Öffentlicher Dienst: Mit gutem Beispiel voran!

Am 3. Oktober 2018 wird mit dem „Tag der Deutschen Einheit“ zum 28. Mal an den durch eine friedliche Revolution in der DDR angestoßenen Prozess der Jahre 1989 und 1990 und den damit verbundenen Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland erinnert.

In einer Pressemitteilung vom 26. September 2018 des dbb wird durch dessen Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach dem öffentlichen Dienst eine Schlüsselrolle bei der Überwindung der wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Ost und West zugesprochen. Bezug nimmt Silberbach auf die

Einschätzung des Ostbeauftragten der Bundesregierung, Christian Hirte.

Auch im öffentlichen Dienst – etwa im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) – bestünden noch Unterschiede, ergänzte dazu die Landesvorsitzende der

komba gewerkschaft thüringen, Marion Illguth. Diese seien „weder nachvollziehbar noch erklärbar“. Die derzeitige Situation bei der Wochenarbeitszeit führe zum Beispiel „zu einer Verringerung des Stundenentgeltes von 0,54 Euro (EG 9a/Stufe 4) im Tarifgebiet Ost, was auch

Auswirkungen auf Zeitzuschläge (beispielsweise für nicht ausgeglichene Mehrarbeit oder Nacharbeit) hat.“

Illguth forderte daher, dass der öffentliche Dienst nicht nur eine Schlüsselrolle einnehmen, sondern darüber hinaus mit gutem Beispiel vorangehen müsse. Ein erster Schritt in die richtige Richtung sei dabei zumindest gemacht: Mit der Einkommensrunde 2018 zum TVöD haben sich die Tarifvertragsparteien darauf geeinigt, den Bemessungssatz für die Jahressonderzahlung ab dem Jahr 2022 (!) dem Tarifgebiet West anzugleichen.

Nachruf

Wir trauern um Gerd Schulz

Verehrte Kolleginnen
und Kollegen,

wir haben Ihnen die traurige Mitteilung zu machen, dass unser geschätzter Kollege und langjähriger Vorsitzender des BSBD Thüringen, Gerd Schulz, nach langer schwerer Krankheit im Alter von nur 63 Jahren verstorben ist.

Traurig und bewegt müssen wir Abschied nehmen von einem engagierten Kollegen.

Gerd Schulz war von 1996 bis 2014 Mitglied im Landeshauptvorstand des tbb. Als Landesvorsitzender des BSBD und des Hauptpersonalrates Justizvollzug im Thüringer Justizministerium war seine Arbeit geprägt von Engagement und sehr guter Sachkenntnis.

Seit 1990 hat er als Gründungsmitglied den BSBD in Thüringen maßgeblich mit aufgebaut und geprägt. 1994 wurde er zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Die Position des Vorsitzenden füllte er von 1998 bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand 2014 aus. Unter seiner Führung hat sich der BSBD zur stärksten Interessenvertretung im Strafvollzug in Thüringen entwickelt. Als verlässlicher Partner stand er den Kolleginnen und Kollegen oft unter Einsatz seiner persönlichen Freizeit jederzeit zur Seite.



> Gerd Schulz

Sein Engagement ging über die Landesgrenzen hinaus. So schlossen unter seiner Mitwirkung die Landesbünde Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen mit der polnischen Gewerkschaft für Strafvollzug eine Kooperationsvereinbarung.

2017 wurde sein Engagement im tbb mit der Ehrenmedaille gewürdigt.

Wir verlieren einen sehr geschätzten Kollegen.

In stillem Gedenken.

Für die Landesleitung

*Helmut Liebermann,
Vorsitzender tbb
beamtenbund und
tarifunion thüringen*



© MEV

